

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2602/2020**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 24.11.2020

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Christopher Nübel - SPD -, Klaus Peter Möller - CDU -, Klaus-Dieter Grothe - Bündnis 90/Die Grünen -

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

**Änderung des Bebauungsplanes WI 06/01 „Teichweg/Kiesweg“
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2020 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, den rechtskräftigen Bebauungsplan WI 06/01 ‚Teichweg/Kiesweg‘ dahingehend zu ändern, dass in dem an der Nordseite des Teichwegs und südlich der Hangelsteiner Straße (L3128) liegende Teil des Gebietes (Kaisersberg, Flur 12) teilweise Wohnnutzung neben gewerblicher Nutzung auszuweisen ist. Im Ergebnis sollen in diesem Teilbereich Wohnungen im Rahmen gesetzlicher Vorgaben betreffend Lärm- und Geruchsemissionen zugelassen werden.

Begleitend und ergänzend zum Verfahren sollen in einem städtebaulichen Vertrag mit dem Investor Einzelheiten zur dann möglichen Bebauung und beispielsweise dem Einsatz erneuerbarer Energien geregelt werden.“

Begründung:

Im Zuge der Änderung soll ermöglicht werden, dass künftig neben Gewerbe- und Büroflächen auch in definierten Teilbereichen Wohnraum geschaffen werden kann. Damit ist der veränderten Nachfrageentwicklung Rechnung zu tragen, die sich seit einigen Jahren bei vergleichbaren Projektentwicklungen auch in der Stadt abzeichnet und durch die aktuelle Pandemie mit der zunehmenden „Home-Office“-Situation beschleunigt wurde.

Durch die Verkürzung der Wege zwischen Arbeitsplatz und Wohnung kann zudem ein Beitrag zur Reduzierung des innerörtlichen Verkehrs geleistet werden. Es soll so ein kleiner Teil des Gesamtareals für eine Wohnnutzung geöffnet werden, während der überwiegende Teil zur Ansiedlung von Gewerbe, sozialen und caritative Nutzungen oder von Büroflächen zur Verfügung stehen soll.

Christopher Nübel
SPD-Fraktion

Klaus Peter Möller
CDU-Fraktion

Klaus-Dieter Grothe
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen